

Klimagerechtigkeit

Fundament des sozial-ökologischen Wandels





Der Klimawandel trifft nicht alle gleich. Zu seinen Tücken gehört, dass diejenigen, die durch ihren Lebensstil und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten historisch am meisten zu ihm beigetragen haben, oftmals über Mittel verfügen, sich vor seinen gravierendsten Auswirkungen zu schützen. Die Ärmsten und am wenigsten Verantwortlichen trifft er dafür ungeschützt – nicht nur im Globalen Süden, sondern auch im Globalen Norden. Denn zunehmende Hitzewellen, Stürme und Extremwetterereignisse verschärfen überall auf der Welt ohnehin schwierige Lebensbedingungen. Die Bewältigung der Klimakrise wirft daher tiefgreifende Fragen nach Verantwortlichkeiten und Gerechtigkeit auf.

Erstmals Ende der 1990er-Jahre als Begriff in klimapolitischen Diskussionen aufgetaucht, hat sich Klimagerechtigkeit mittlerweile zum Dreh- und Angelpunkt in den internationalen Klimaverhandlungen entwickelt. Ging es anfangs vor allem um die »Klimaschuld« der Industrienationen und den nötigen Beitrag der Länder mit aktuell hohen Treibhausmissionen, wird mittlerweile auch darüber diskutiert, wie eine finanzielle Entschädigung aussehen kann für ökonomische, ökologische, kulturelle und gesellschaftliche Verluste und Schäden, die mit jedem weiteren Grad der Erderwärmung dramatischer werden.

Wohl wissend, dass es ohne Klimagerechtigkeit keine erfolgreiche Transformation geben kann, beschäftigen sich die Autor*innen dieser Ausgabe mit Lösungen, die ökologische Nachhaltigkeit mit sozialer Gerechtigkeit verknüpfen und die Fesseln der kapitalistischen Wirtschaftsweise sprengen. Neben globalen Fragen geht es darum, wie sich im Umgang mit dem Klimawandel Gerechtigkeit innerhalb von Gesellschaften und über Generationen hinweg erreichen lässt. Ein Schlüssel dafür ist echte politische Beteiligung von bislang Marginalisierten: Angehörigen indigener Gruppen, Frauen, Jugendlichen und älteren Menschen. – Eine gerechtere Welt ist möglich, wenn wir bereit sind, sie zu gestalten.

Anke Oxenfarth

oxenfarth@oekom.de

Einführung in das Schwerpunktthema

Gerechtigkeit in der Klimakrise

Die Folgen des Klimawandels sind ungerecht verteilt. Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen müssen die zugrunde liegenden Ungerechtigkeiten konsequent angehen. Das ist nicht nur wichtig für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, sondern auch ethisch-moralisch geboten. Zudem hängt der Erfolg der sozial-ökologischen Transformation davon ab.

Von Giulia Mennillo und Renate Bleich

— Die schwerwiegenden Auswirkungen der Klimakrise sind bereits in vielen Regionen der Welt zu spüren. Obwohl Entwicklungs- und Schwellenländer in der Vergangenheit und auch gegenwärtig weniger zum Klimawandel beitragen, sind sie oft besonders stark von seinen Auswirkungen betroffen in Form von Wetterextremen und Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Dürren und Stürmen, aber auch Hitze, Trinkwasserverknappung und dem Verlust von Biodiversität. Erschwerend kommt hinzu, dass in Ländern mit niedrigerem Einkommen gerade die verletzlichsten Bevölkerungsgruppen wie etwa Kleinbäuerinnen und -bauern, indigene Gemeinschaften, Frauen, Kinder, alte und kranke Menschen den Konsequenzen der Klimakatastrophe aufgrund der unzureichenden sozialstaatlichen Infrastrukturen schutzlos ausgeliefert sind.

Die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern hat sich seit 1960 aufgrund des Klimawandels bereits um 25 Prozent erhöht. (1) Wäh-

rend wirtschaftliche Verluste durch den Klimawandel schon heute fast überall in der Welt zu beobachten sind, werden laut Schätzungen des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, in Zukunft die Einkommensverluste in den ärmeren Ländern um 60 Prozent über denen der Länder mit höheren Einkommen liegen. Insbesondere Afrika und Südasien werden hiervon stark betroffen sein. (2)

Ungerechtigkeiten gibt es auch bei den Chancen der Anpassung an den Klimawandel: Wohlhabende Länder und Gemeinden besitzen oft mehr Ressourcen und Kapazitäten, um auf den Klimawandel zu reagieren. Dies schließt Investitionen in grüne Technologien, saubere Energie und Klimaanpassungsmaßnahmen ein, die ärmeren Ländern weniger oder gar nicht zur Verfügung stehen. Der Bedarf an finanziellen Mitteln für Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern ist erheblich. Schätzungen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) belaufen sich auf circa 215 bis 387 Milliarden US-Dollar jährlich. Allerdings decken die derzeitigen Finanzströme nur einen kleinen Teil des geschätzten Bedarfs ab: Der Finanzbedarf ist zehn bis 18 Mal so hoch wie die tatsächlich zur Verfügung gestellten öffentlichen Gelder. (3)

Da der Klimawandel nicht nur die Gegenwart betrifft, sondern auch zukünftige Generationen, zeichnet sich eine weitere Konfliktlinie in Fragen der Klimagerechtigkeit zwischen Jung und Alt ab, welche die reichen Industriestaaten nicht verschont. Die jüngeren Generationen sind in ihrer Lebensweise erheblich durch die Folgen des Klimawandels und den Verlust der Biodiversität beeinträchtigt im Vergleich zu den Generationen, die maßgeblich für den Klimawandel verantwortlich sind (vgl. S. 36 ff.). Heutige Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen – oder deren Unterlassung – wirken sich auf die Lebensbedingungen künftiger Menschen aus.

Klimagerechtigkeit – verschiedene Dimensionen des Begriffs

Der Begriff Klimagerechtigkeit gewann in den späten 1990er-Jahren an Bedeutung. Insbesondere durch Aktivitäten von sozialen und ökologischen Bewegungen, die auf die Praktiken der fossilen Industrie und der gescheiterten 15. Konferenz (COP 15) der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) in Kopenhagen reagierten. Zudem wurde die Wichtigkeit von Klimagerechtigkeit durch

die Erkenntnis verstärkt, dass technologische Innovationen allein nicht ausreichen, um die ungleichen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Zugang zu Nahrung, Wasser und Energie zu bewältigen. (4)

Die verteilungspolitische Dimension des Begriffs der Klimagerechtigkeit basiert auf der Disproportionalität zwischen Verursachung und Belastung im Kontext des Klimawandels. Er beinhaltet somit ein inhärentes Anliegen für Fairness zwischen Ländern (international), zwischen Individuen innerhalb eines Landes (intranational), sowie zwischen den Generationen (intergenerational).

Da die historische Verantwortung für den Klimawandel bei den Wohlhabenden und Mächtigen liegt, die Betroffenheit allerdings unverhältnismäßig stark bei den Ärmsten und Verwundbarsten, ergibt sich daraus eine ethisch-moralische Herausforderung für die nationale und internationale Politik genauso wie für Zivilgesellschaften weltweit. Der Begriff Klimagerechtigkeit erhebt den Anspruch, dass die Lasten und Vorteile des Klimawandels sowie die Maßnahmen zu dessen Bekämpfung fair verteilt sind. In diesem Sinne kann es keine Klimagerechtigkeit ohne soziale Gerechtigkeit geben (vgl. S. 68 ff.).

Eine weitere Dimension des Begriffs bezieht sich auf die Verfahrensgerechtigkeit, die eine faire, transparente und inklusive Entscheidungsfindung vorsieht. Zusammenfassend lässt sich festhalten: Klimagerechtigkeit zielt darauf ab, dass die Bemühungen zur Bewältigung des Klimawandels einschließlich der Klimaanpassung fair, inklusiv und wirksam sind sowohl in der Substanz als auch in der Art und Weise, wie die Maßnahmen entschieden werden.

Historische Verantwortung und Fairness

Durch ihre jahrzehntelang hohen Emissionen tragen die westlichen Industrieländer eine historische Verantwortung für die Klimakrise. Das Verbrennen fossiler Energieträger wie Kohle, Öl und Gas sowie die Art und Weise, wie sie produzieren und konsumieren, sind Ursache der globalen Erderwärmung und der Umweltzerstörung. Der materielle Wohlstand und das hohe Einkommensniveau im Globalen Norden, spiegeln sich direkt in einem hohen Pro-Kopf-Ausstoß an Treibhausgasen wieder. Nordamerika und Europa verantworten einen Anteil von 62 Prozent an den kumulierten CO₂-Emissionen im Zeitraum von 1751 bis 2017. Seit 1990 ist die ärmere

Hälfte der Weltbevölkerung für 16 Prozent des gesamten Emissionswachstums, das reichste eine Prozent für 23 Prozent des Gesamtwachstums verantwortlich. (5) Das Konzept der Klimagerechtigkeit berücksichtigt daher historische Verantwortlichkeiten bei der Suche nach Lösungen. Da der Klimawandel eine globale Herausforderung ist, ist eine starke internationale Zusammenarbeit nötig, um faire und wirksame Antworten zu entwickeln und umzusetzen. Das Prinzip gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortung ist entsprechend bereits seit Anfang der 1990er-Jahre in der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen verankert. Demnach haben alle Länder eine gemeinsame Verpflichtung, den Klimawandel anzugehen, aber die Industrieländer sollten aufgrund ihrer historischen Emissionen und ihrer größeren Fähigkeiten die Hauptlast schultern. Allerdings ist die Dichotomie zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern zunehmend komplexeren Verhältnissen gewichen. Länder wie China, Indien, Brasilien oder Saudi-Arabien tragen heute wesentlich zum Ausstoß von Treibhausgasen bei und spielen in den internationalen Klimaverhandlungen eine wichtige Rolle.

Im Vergleich zu den wohlhabenderen Ländern sind die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDCs) in den internationalen Klimaverhandlungen nur schwach vertreten. Begrenzte finanzielle und personelle Ressourcen schränken ihre Fähigkeit ein, ihre Interessen und Bedürfnisse in internationalen klimapolitischen Foren wirksam zu vertreten (vgl. S. 30 ff.). Zwar entwickeln LDCs ihre eigenen langfristigen Klimastrategien und drängen auf ehrgeizige globale Maßnahmen sowie finanziellen Ausgleich (vgl. S. 40 ff.). Dennoch muss ihre mangelnde Repräsentation angegangen werden, um eine gerechtere und effektivere internationale Klimapolitik zu erreichen.

Bestehende und neue Ungerechtigkeiten

Das Thema Klimagerechtigkeit ist auch im Hier und Jetzt von großer Relevanz. Die anstehende sozial-ökologische Transformation tangiert so gut wie jeden Lebensbereich. Ob in städtischen, suburbanen oder ländlichen Regionen, Klimaschutz und Klimaanpassung bedeuten massive Veränderungen; sei es beim Wohnen oder der Mobilität. Konfliktlinien und Interessenslagen verlaufen nicht mehr linear entlang traditioneller Kategorien, sondern quer durch die gesellschaftlichen Schichten.

Ein Aspekt, der in der öffentlichen Debatte oft übersehen wird, betrifft die Ambivalenz der Klimaungerechtigkeiten und Anpassungsmöglichkeiten in Bezug auf die Kluft zwischen Stadt und Land. Die Landbevölkerung verbraucht bei Weitem mehr Ressourcen und Emissionen pro Kopf. Gleichzeitig sind beispielsweise im Bereich der Mobilität die individuellen und kommunalen Möglichkeiten, auf dem Land den Individualverkehr durch den öffentlichen Fern- und Nahverkehr zu ersetzen, um ein Vielfaches schwieriger als in der Stadt. Dafür stehen die Chancen für die Umsetzung einer dezentralen Energieversorgung auf dem Land besser. Transformationsbedingte Handlungsbedarfe erzeugen neue Spannungen und Dilemmata, die die politischen Entscheidungsträger*innen vor massive Herausforderungen stellen.

„ Klimagerechtigkeit zielt darauf ab, dass die Bemühungen zur Bewältigung des Klimawandels einschließlich der Klimaanpassung fair, inklusiv und wirksam sind sowohl in der Substanz als auch in der Art und Weise, wie die Maßnahmen entschieden werden.“

Klimaungerechtigkeiten im sozio-ökonomischen Sinne gibt es auch in den reichen Industriestaaten. Die Transformation erzeugt neue Gewinner*innen und Verlierer*innen. Die Dekarbonisierung der Industrie bringt einst erfolgreiche fossile Geschäftsmodelle ins Wanken. Innerhalb von Unternehmen sind Berufsbilder und Arbeitstätigkeiten asymmetrisch betroffen. Gemeinden, die wirtschaftlich von den auslaufenden Industrien stark abhängig sind, benötigen beim grünen Strukturwandel besondere Aufmerksamkeit der Solidargemeinschaft. Investitionen in zukunftsträchtige Technologien, eine Infrastrukturoffensive seitens der öffentlichen Hand (vgl. S. 75 ff.) sowie

die Förderung von Weiterbildungsprogrammen, sind wesentliche Stellschrauben, damit die Transformation von der Bevölkerung mitgetragen wird.

Die Auswirkungen des Klimawandels und die Anpassungsmaßnahmen treffen ärmere Bevölkerungsgruppen härter als vermögende Schichten – man denke nur an die proportionale Belastung des Einkommens im Falle einer konsequenten CO₂-Bepreisung oder eines Arbeitsplatzverlustes. Sozialer Ausgleich, etwa in Form eines Klimagelds, ist ein wichtiger Aspekt bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, um eine weitere Belastung für die unteren Einkommensgruppen zu verhindern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht weiter zu gefährden. Auch die ökonomische Forschung zeigt, dass soziale Auswirkungen bei der Transformation berücksichtigt werden müssen, damit diese nachhaltig ist. (6) Aus Gründen der Klimagerechtigkeit ist es ebenso geboten, Maßnahmen so zu gestalten, dass sie sozial verträglich sind, denn obere Einkommens- und Vermögensgruppen verbrauchen in der Regel durch ihren Lebensstil (größere Häuser und Grundstücke, mehrere Autos, Fernurlaube etc.) mehr Ressourcen und Emissionen pro Kopf. (7)

Gelebte Klimagerechtigkeit vor Ort

Da die soziale Frage direkt mit Aspekten der Klimagerechtigkeit zusammenhängt, ist die Einbeziehung aller Betroffenen auf kommunaler Ebene wichtig. Mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz erhöhen die Chancen für eine erfolgreiche Klimapolitik. Die Beteiligung von Gemeinden, Bürger*innen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen an der Gestaltung von Klimaschutzmaßnahmen macht es zudem Partikularinteressen viel schwerer, Vorhaben zu blockieren. Wenn die Menschen sich gehört fühlen und von der Transformation profitieren – ökonomisch und gesellschaftlich – dann verfangen die Parolen der Beharrungskräfte nicht im selben Maße und die Logik der Verzögerungsdiskurse („Man will uns das Schnitzel wegnehmen“) fällt in sich zusammen. Antidemokratische Kräfte verlieren damit an Rückenwind. Positive Beispiele dafür gibt es durch viele erfolgreiche Initiativen im Bereich der Bürgerenergie. Bürgerenergie steht für eine auf erneuerbare und dezentrale Strukturen ausgerichtete Energiewende, die von den lokalen oder regionalen Akteuren selbstbestimmt gestaltet wird. Die Wertschöpfung verbleibt in der Region, Kommunen können zusätzliche Einnahmen generieren und so direkt von

„Der Druck der Zivilgesellschaft kann zu ambitionierteren Klimazielen und auf Ausgleich setzende Maßnahmen beitragen.“

der Energiewende profitieren. Zudem haben direktdemokratische Verfahren in den vergangenen zehn Jahren tendenziell eher zu einer Beschleunigung als zu einer Verzögerung des Klimaschutzes geführt. (8)

Die bestehenden Klimaungerechtigkeiten sind mehrdimensional. Ethische, politische, wirtschaftliche und soziale Facetten sind tangiert und beeinflussen sich gegenseitig. In vielen Teilen der Welt formiert sich unter dem Slogan „Climate Justice now“ eine Klimagerechtigkeitsbewegung, die immer lauter wird. Business as usual in Politik und Wirtschaft wird dadurch zunehmend schwieriger. Angesichts der Internationalität der Klimagerechtigkeitsbewegung wird auch ersichtlich, dass das hierzulande herrschende Narrativ, ausschließlich Deutschland hätte ein ökologisches Gewissen, ein Mythos ist.

Es gibt sowohl national als auch international vielversprechende Anzeichen dafür, dass mehr Klimagerechtigkeit erreicht werden kann. Die Zivilgesellschaft spielt hierbei eine große Rolle: Zahlreiche Initiativen und Organisationen sowohl im Globalen Norden wie im Globalen Süden setzen sich für nachhaltige und gerechte Lösungen für die Klimakrise ein. Sie fördern das Bewusstsein für Fragen der Gerechtigkeit und mobilisieren Menschen, um politische Veränderungen einzufordern. Der Druck der Zivilgesellschaft kann so zu ambitionierteren Klimazielen und auf Ausgleich setzende Maßnahmen beitragen. Erfolge gibt es auch in der internationalen Klimapolitik. Die Einigung auf einen Mechanismus zur Kompensation klimabedingter Schäden und Verluste auf der Weltklimakonferenz 2022 markierte einen deutlichen Fortschritt. Dem langjährigen Anliegen der Länder des Globalen Südens, für unvermeidbare Schäden entschädigt zu werden, wurde damit Rechnung getragen. Diese Beispiele bieten gleichzeitig Hoffnung und Motivation für weitere Anstrengungen auf dem Weg zu mehr Klimagerechtigkeit. _____

Quellen

- (1) <https://news.stanford.edu/stories/2019/04/climate-change-worsened-global-economic-inequality>
- (2) www.nature.com/articles/s41586-024-07219-0
- (3) <https://www.unep.org/news-and-stories/press-release/climate-impacts-accelerate-finance-gap-adaptation-efforts-least-50>
- (4) Für einen multidisziplinären Überblick über die Forschung zur Klimagerechtigkeit vgl. Tahseen, J. (Hrsg.) (2018): Routledge Handbook of Climate Justice, London.
- (5) <https://ourworldindata.org/contributed-most-global-co2>;
www.nature.com/articles/s41893-022-00955-z
- (6) www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Publikationen/SVRWirtschaft_Stellungnahme_KSP23_20230814.pdf
- (7) www.diw.de/de/diw_01.c.906708.de/reiche_verursachen_doppelt_so_viel_emissionen_wie_haushalte_mit_niedrigeinkommen_vor_alle_m_durch_flugreisen.htm
- (8) www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2023/Berichte_Stellungnahmen/230531_MD_Buergerbegehrensbericht_2023_web.pdf



Welche Superheldinnen der Klimagerechtigkeit würden Sie gerne verkörpern?

- a) Ein Zeitgeist, der notwendige öffentliche Investitionen von der Schuldenbremse befreit.
- b) Christiana Figueres, unter deren Führung sich 195 Länder auf Klimaziele und mehr Klimagerechtigkeit geeinigt haben.

Zu den Autorinnen

- a) Giulia Mennillo hat Internationale Volkswirtschaftslehre studiert. Sie ist Dozentin für Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Nachhal-

tigkeit an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Als Lehrbeauftragte verschiedener Hochschulen hält sie Vorlesungen zur Globalen Politischen Ökonomie.

b) Renate Bleich hat Wirtschaftsgeographie studiert. Sie ist Geschäftsführerin der Münchener Rück Stiftung. Davor war sie in verschiedenen Positionen bei Munich Re tätig, zuletzt als Verantwortliche für den Bereich Nachhaltigkeit des Unternehmens.

Kontakt

Dr. Giulia Mennillo
Akademie für Politische Bildung Tutzing
E-Mail G.Mennillo@apb-tutzing.de

Renate Bleich
Münchener Rück Stiftung
E-Mail rbleich@munichre-foundation.org

Die Erderhitzung verschärft bestehende Ungerechtigkeiten. Während einige Länder und Bevölkerungsgruppen, die am meisten zum Klimawandel beigetragen haben, sich besser vor seinen schlimmsten Auswirkungen schützen können, leiden andere überproportional darunter. Die Klimakrise erfordert daher Antworten auf die Frage, wie sich Gerechtigkeit – innerhalb von Gesellschaften sowie über Grenzen und Generationen hinweg – im Umgang mit dem Klimawandel erreichen lässt. Fest steht: Ohne Klimagerechtigkeit, die soziale Fairness mit ökologischer Nachhaltigkeit verbindet, gelingt keine wirkliche Transformation. Eine gerechtere Welt ist möglich, aber nur, wenn wir bereit sind, sie zu gestalten.

politische ökologie Die Reihe für alle, die weiter denken

Die Welt steht vor enormen ökologischen und sozialen Herausforderungen. Um sie zu bewältigen, braucht es den Mut, ausgetretene Denkpfade zu verlassen, unliebsame Wahrheiten auszusprechen und unorthodoxe Lösungen zu skizzieren. Genau das tut die *politische ökologie* mit einer Mischung aus Leidenschaft, Sachverstand und Hartnäckigkeit. Die vielfältigen Zugänge eröffnen immer wieder neue Räume für das Nachdenken über eine Gesellschaft, die Zukunft hat.